



An den Chef des Bundeskanzleramts
Herrn Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun

Nachrichtlich an:

Bundesministerin Svenja Schulze
Bundesministerin Julia Klöckner

Greifswald und Berlin, den 20. Mai 2021

Die Moorschutzstrategie der Bundesregierung muss zeitnah mit ambitionierten Zielen verabschiedet werden

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Moorschutz ist als naturbasierte Lösung für wirkungsvollen Klimaschutz und zur Erreichung anderer Umweltziele wie z.B. Biodiversitäts- und Gewässerschutz dringend nötig. Die wissenschaftlichen Grundlagen sind ausreichend bekannt, Praxiserfahrungen liegen vor. Folgerichtig hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, eine Moorschutzstrategie zu erarbeiten und die ersten Maßnahmen noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. In dem jüngst von der Bundesregierung beschlossenen novellierten Klimaschutzgesetz mit verschärften Zielen für 2030 und die Jahrzehnte danach wurde erstmals auch der Landnutzungs- und Forstsektor (LULUCF) mit eigenen Zielvorgaben aufgenommen, in dem Moore eine gewichtige Rolle als größte Emissionsquelle spielen. Auch im Klimaschutzplan 2050 und im Klimaaktionsprogramm 2030 spielen Moore eine herausgehobene Rolle. Eine Moorschutzstrategie muss hier zur fachlichen Ausgestaltung einen wichtigen Beitrag leisten, daher bitten wir Sie eindringlich, sich für die **Verabschiedung einer den übergeordneten Klimaschutz-Zielen entsprechenden Moorschutzstrategie noch in dieser Legislatur** einzusetzen.

Leider müssen wir aber feststellen, dass selbst die aus unserer Sicht nicht ausreichend ambitionierte Vorlage des Bundesumweltministeriums trotz insgesamt breiter Zustimmung nicht von allen Ressorts mitgetragen wird. Daher kommt es zu Verzögerungen, die letztlich den Beschluss der Strategie im Kabinett bis zum nahenden Ende dieser Legislatur gefährden. Richtig ist, dass die notwendige Anhebung von Wasserständen große technische, ökonomische und soziale Anstrengungen erfordert, insbesondere auch von der Landwirtschaft. Nichtsdestotrotz verlangt die Zielstellung des Paris-Abkommens eine grundlegende Transformation der Wirtschaft und setzt damit Herausforderungen in allen Sektoren. Wegen ihrer überdurchschnittlich hohen Treibhausgasemissionen werden land- und forstwirtschaftlich genutzte Moorböden eine große Rolle spielen müssen, deren Last andere Sektoren nicht übernehmen können. Die Bundesregierung muss hierbei sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen eine solch tiefgreifende Transformation in der Moorbewirtschaftung ermöglichen und befördern, z. B. durch Unterstützung von klimafreundlichen Paludikulturen in der EU-Agrarpolitik (GAP) und weitere Formen der Förderung, wie ebenfalls im Koalitionsvertrag angestrebt.

In unseren Stellungnahmen zur Strategie mussten wir zudem konstatieren, dass das bisher in der Vorlage des Bundesumweltministeriums angestrebte Ambitionsniveau in Bezug zu übergeordneten, völkerrechtlich verpflichtenden Zielen größtenteils zu schwach ist. Besonders eklatant tritt dies bei den Klimaambitionen zu Tage: Das einzige konkret genannte Ziel, bis 2030 mindestens 5 Mio. t CO₂-Äq. jährlich durch Moorbiedervernässung einsparen zu wollen, ist im Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Ziele deutlich zu gering. Es bedeutet keine 10 % Einsparung gegenüber den heute von zumeist für die Landwirtschaft entwässerten Mooren emittierten 53 Mio. t CO₂-Äq. (ca. 7 % der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen). Mit einer solch geringen Einsparung bei einer gleichzeitigen Anhebung des 2030-Reduktionsziels auf 65 %, wie es das Bundeskabinett im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Klimaschutzgesetz und den EU-Beschlüssen verabschiedet hat, wird der Anteil der Mooremissionen im Jahr 2030 auf über 10 % der Gesamtemissionen ansteigen. Außerdem wird auch in der Moorschutzstrategie wie in dem vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Klimaschutzgesetz kein weitergehender Zielkorridor bis 2050 aufgezeichnet. Diese Tatsachen stehen im Widerspruch zum Pariser Klimaabkommen und können auch nicht im Sinne der Landwirtschaft sein, die Planungssicherheit braucht und selber stark von den Folgen der Klimakrise betroffen ist.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, die aktuellen Entscheidungen zur Nachschärfung der Klimaziele erfordern, dass alle Sektoren und Bereiche auf einen klimaverträglicheren Pfad einschlagen. Verfehlen wir die Ziele für 2030, werden die Ziele für 2040 und 2050 nahezu unerreichbar werden und die Menschheit vor einer existenzbedrohenden Katastrophe stehen. Daher bitten wir Sie eindringlich, sich für die **Verabschiedung einer den übergeordneten Klimaschutz-Zielen entsprechenden Moorschutzstrategie noch in dieser Legislatur** einzusetzen. Gerne unterstützen wir Sie auf diesem Weg.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer Deutscher Naturschutzring (DNR)

Jan Peters, Geschäftsführer Michael Succow Stiftung

Olaf Bandt, Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Leif Miller, Bundesgeschäftsführer Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz WWF

Udo Gattenlöhner, Geschäftsführer Global Nature Fund

Dr. Jürgen Metzner, Geschäftsführer Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V.

René Schuster, Bundesvorsitzender Grüne Liga e.V.

Prof. Klaus Werk, stv. Vorsitzender Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V.

Ulrich Stöcker, Leiter Naturschutz Deutsche Umwelthilfe e.V.

Marion Hammerl, Geschäftsführerin Bodensee-Stiftung

Dr. Joachim Nibbe, Bundesfachbereichsvorstand Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus, Natur-Freunde Deutschlands e.V.

Christof Martin, Vorsitzender Berufsvertretung Deutscher Biologen e.V.

Ulrike Aufderheide, Vorstand Naturgarten e.V.

Rainer Kant, Senior-Projektmanager B.A.U.M. e.V.

Prof. Dr. Dr. Berndt-Michael Wilke, Präsident Bundesverband Boden e.V.

Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer EuroNatur Stiftung

Wolfram Götz, Generalsekretär Deutscher Kanu-Verband e.V.

Michael Beier, Vorsitzender Heinz Sielmann Stiftung

Dr. Stefan Müssig, Vorsitzender Bundesverband für Umweltberatung e.V. (bfub)

Dr. Gerhard Bronner, Vorsitzender Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV)

Elisabeth Emmert, Vorsitzende Ökologischer Jagdverband e.V. (ÖJV)

Andreas Meißner, Geschäftsführer Stiftung Naturlandschaften Brandenburg – Die Wildnisstiftung